



NEWSLETTER 10/2018

FORUM | MIGRATION



Foto: © half gosch – Fotolia.com

DGB will „Spurwechsel“

Die Kanzlerin und die Union sind dagegen, dass abgelehnte Asylbewerber_innen ein Aufenthaltsrecht zur Arbeitsaufnahme erhalten können. Dennoch soll das neue Fachkräfte-Einwanderungsgesetz eine „praktische Lösung“ dafür enthalten, verspricht Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD). Aber wie?

Die Gewerkschaften seien für Möglichkeit eines Spurwechsels und fordern einen „konsequenten Abschiebestopp für alle, die sich in Ausbildung befinden oder eine lebensunterhaltssichernde Beschäftigung ausüben“, sagte DGB Vorstand Annelie Buntenbach. Das Grundrecht auf Asyl dürfe allerdings nicht angetastet und nicht mit der Erwerbstätigenzuwanderung vermischt werde. Deutschland müsse weiterhin Menschen, die vor Krieg, Bürgerkrieg oder Verfolgung fliehen, aufnehmen und ihnen Perspektiven bieten, so Buntenbach. Am Beispiel der Ausbildung, bei der bereits jetzt ein so genannter Spurwechsel von einer Duldung in einen Aufenthalt zu Erwerbszwecken möglich ist – und zwar qua Bundesgesetz – zeigten sich die Schwierigkeiten: „Ein abgeschlossener Ausbildungsvertrag oder eine begonnene qualifizierte Berufsausbildung bieten den Azubis und auch den Betrieben keine ausreichende Sicherheit

vor Ausweisung oder Abschiebung.“ Es sei „nicht akzeptabel, dass junge geflüchtete Menschen – wie in Bayern – aus einer beruflichen Ausbildung herausgeholt und abgeschoben werden“, sagte Buntenbach.

Derweil gab die Bundesagentur für Arbeit bekannt, dass mehr als die Hälfte der zwischen Mai 2017 und Mai 2018 neu eingestellten regulär Beschäftigten einen ausländischen Pass haben. 39 Prozent (153.000) der Ausländer_innen, die im vergangenen Jahr einen regulären Job fanden, hatten Staatsangehörigkeiten osteuropäischer Länder, weitere rund 88.000 stammen aus Haupt-Asylländern wie Syrien (40.000), Afghanistan (15.500) oder dem Irak (10.000). Im Juli 2018 waren 482.000 Flüchtlinge bei der Bundesagentur arbeitssuchend gemeldet. Darin enthalten sind auch Menschen, die aktuell einen Integrations- und Sprachkurs absolvieren. Gut 187.000 Flüchtlinge waren im Juli arbeitslos gemeldet. Bis Mai fanden mehr als 300.000 Flüchtlinge aus den acht Haupt-Asylländern eine Arbeit, 238.000 der Geflüchteten waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Die Flüchtlingssituation auf dem Arbeitsmarkt gebe „keine Veranlassung, schwarzzumalen“, sagte BA-Vorstand Detlef Scheele der Deutschen Presse-Agentur.

INHALT 10/2018

DGB will „Spurwechsel“	1
13 Jahre geduldet	2
Ein Sechstel mehr Anerkennungen	2
Anerkennungs-News	2
Problembbranche Fleischindustrie	3
Menschenhandel: Zahl der Opfer steigt	3
Einbürgerung von Brit_innen steigt um 161 Prozent	3
News + Termine	4
Systemwechsel in der Fleisch- industrie – jetzt! – Kommentar von Prälat Peter Kossen und Dr. Florian Kossen	5



Porträt Anerkennung: Rekai Ramdane, Buchhalter

13 Jahre geduldet

Vor einigen Monaten konnte er nicht mehr. „Es ist keine Gicht“, sagt Rekai Ramdane. Doch er kann seine Finger nicht mehr strecken. Die Arbeit sei schuld, sagt er. Eine Operation hat Linderung gebracht, fünf Monate war er krankgeschrieben. Jetzt geht es wieder, halbwegs, und er will sich wieder bewerben. Wieder bei einer Zeitarbeitsfirma, wieder als Lagerhelfer. „Was denn sonst?“, fragt er.

Ramdane, Mitte 50, hat grüne Augen und weiße Locken. Er stammt aus Algerien. 2002, der algerische Bürgerkrieg stand schon kurz vor seinem Ende, geriet Ramdane zwischen die Fronten. Er floh nach Deutschland. Asyl bekam er nicht. Doch Deutschland glaubte, dass ihm „ernsthafte Bedrohung“ im Sinne des Aufenthaltsgesetzes drohe. So galt ein Abschiebungsverbot: Faktisches Asyl, doch ohne Rechte und ohne Integrationshilfen. 13 Jahre lebte Ramdane mit einer Duldung in Bremen. Als er 2002 dorthin kam, verließ er die Stadt jahrelang kaum. Er unterlag der Residenzpflicht. Nach sechs Jahren durfte er aus dem Flüchtlingsheim ausziehen, arbeiten durfte er nicht. Als er nach langer Suche eine kleine Wohnung fand, blieben ihm 300 Euro im Monat zum Leben. Davon zahlte er einen Volkshochschulkurs für Deutsch. Es reichte nur für wenige Stunden, kein Vergleich mit dem Umfang der Kurse, den viele Flüchtlinge heute absolvieren. Heute spricht er Deutsch, aber es bereitet ihm Mühe. Erst 2015 bekam er eine Aufenthaltserlaubnis, befristet auf fünf Jahre. Ramdane ist ein Intellektueller, über den Religionskonflikt in seiner Heimat Algerien spricht er, als halte er eine Vorlesung in Neuester Geschichte. Seine Familie gehörte der oberen Mittelschicht an, viele arbeiteten im öffentlichen Dienst. Er selbst war Buchhalter. Unter diesem Stichwort finden sich auf der Seite der Arbeitsagentur aktuell genau 200 freie Stellen in Bremen und Umgebung. Doch Ramdane hat auf Deutsch nie eine Sicherheit erlangt, mit der er sich zugetraut hätte, in seinem alten Beruf zu arbeiten. Lange Zeit sagte ihm niemand, welche Möglichkeiten es gibt, hier auf seine alten Kenntnisse aufzubauen. Die Vielzahl an Beratungs- und Anerkennungsmöglichkeiten, die nach 2015 entstanden, kamen für ihn zu spät. Sein Fall zeigt, wie fatal die jetzt wieder verfolgte Strategie ist, Geduldete in einer entscheidenden Lebensphase von Integrationshilfen auszuschließen.

Als Ramdane endlich arbeiten durfte, hatte er die 40 längst überschritten. Andere Arbeitgeber als Zeitarbeitsfirmen hatte er nie. Mehr als zehn Euro Verdienst waren kaum drin. Vielleicht will er es jetzt nochmal als Staplerfahrer versuchen, sagt er. Da gibt es etwas über 11 Euro. Bis zur Rente muss er noch über zehn Jahre arbeiten, vermutlich wird er das nicht mehr können.

Ein Sechstel mehr Anerkennungen

In Deutschland werden immer mehr ausländische Abschlüsse anerkannt. 2017 stieg die Zahl der als gleichwertig anerkannten Qualifikationen auf bundesweit 21.800. Das waren knapp 14 Prozent mehr Anerkennungen als im Vorjahr (19.200). 13.600 Anträge wurden 2017 als vollständig, 8.200 Anträge als eingeschränkt gleichwertig beschieden. Das meldet das Statistische Bundesamt.

Insgesamt bearbeiteten die für die Anerkennung zuständigen Stellen während des Jahres 2017 rund 31.100 Anerkennungsverfahren, darunter 25.000 Neuansprüche. 2016 waren es nur 27.300 Anträge. Zu 8.000 der laufenden Anträge war bis Ende 2017 noch keine Entscheidung gefallen.

Während die Anerkennungsverfahren von in der Europäischen Union erworbenen Abschlüssen gegenüber dem Vorjahr um elf Prozent gesunken sind, erhöhten sich die Verfahren für Berufsabschlüsse

aus dem übrigen europäischen Ausland und dem außereuropäischen Ausland jeweils um etwa ein Drittel. Damit teilte sich 2017 die Anzahl der Anerkennungsverfahren in etwa gleichmäßig auf Abschlüsse aus den drei Regionen auf. Am häufigsten wurden Anträge von Personen bearbeitet, die ihre Ausbildung in Syrien (3.600) abgeschlossen haben. Ihre Zahl hat gegenüber dem Vorjahr um 80 Prozent zugenommen. Dahinter folgen Anerkennungsverfahren zu Abschlüssen aus Bosnien-Herzegowina (3.100, +41 Prozent) und Serbien (2.400, +56 Prozent).

Die mit großem Abstand meisten Anerkennungsverfahren betrafen wie in den Vorjahren medizinische Gesundheitsberufe. Aus dieser Berufsgruppe stammten allein 23.500 der im Jahr 2017 bearbeiteten Verfahren. Darunter bezogen sich 10.700 Anerkennungsverfahren auf Gesundheits- und Krankenpflegerinnen beziehungsweise -pfleger, 8.000 auf Ärzt_innen und 1.100 auf Physiotherapeut_innen.

Anerkennungs-News

Umfrage: Ausländische Fachkräfte mögen Deutschland nicht

Arbeitnehmer_innen haben zunehmend Schwierigkeiten, sich in Deutschland einzuleben. Das ergab die jüngste Untersuchung der Agentur Internations, die jedes Jahr weltweit so genannte Expats, also ins Ausland entsandte Fachkräfte, befragt. In nur vier Jahren fiel Deutschland in diesem Länderranking vom 12. auf den 36. Platz. Befragt wurden mehr als 18.000 Menschen aus 178 Nationen, die in 187 Ländern leben. Fast die Hälfte der Fachkräfte hierzulande waren der Meinung, dass die Deutschen gegenüber Ausländer_innen unfreundlich seien, mehr als die Hälfte hatte Probleme, sich mit Deutschen anzufreunden. Nur in Kuwait und in Saudi-Arabien ist es der Studie zufolge noch schwerer, sich in die lokale Kultur einzuleben. Auch beim Thema Internet bekam Deutschland schlechte Noten: Es gebe zu wenige Anschlüsse mit hoher Geschwindigkeit, bargeldlose Zahlen sei zu wenig verbreitet, klagten die Expats. Das beliebteste Land unter den Expats war der Umfrage zufolge das Königreich Bahrain.

Private Soziale Dienste: Einwanderungsgesetz soll Anerkennung vereinfachen

Der Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste (BPA) hat Vorschläge zur Reform der Anerkennung im neuen Einwanderungsgesetz gemacht. Unter anderem sollen ausländische Pflegeausbildungen aus Staaten mit anerkanntem Bildungsniveau grundsätzlich als gleichwertig anerkannt werden, wenn es dort eine reguläre Ausbildungs- oder Studiendauer

von mehr als drei Jahren gibt. Die 16 unterschiedlichen Länderregelungen in Deutschland müssten kurzfristig durch bundeseinheitliche und bereits vom Heimatland einschätzbare Anforderungen ersetzt werden, so der BPA. Für die schnelle Anerkennung brauche es eine zentrale, personell ausreichend ausgestattete Anerkennungsstelle des Bundes. Die soll die Anerkennung der bundesrechtlich geregelten Gesundheitsfachberufe übernehmen. Zudem soll sie entsprechendes Wissen bündeln und eine einheitliche Rechtsanwendung gewährleisten.

Die Bundesregierung plant derzeit eine zentrale „Clearingstelle Anerkennung“ als Teil des neuen Fachkräfte-Zuwanderungsgesetzes. „Im Gesundheitsbereich ist besonders der Flickenteppich an regionalen Regelungen ein Problem“, sagte Grit Genster, ver.di-Expertin für den Bereich Gesundheitspolitik.





Problembranche Fleischindustrie

Immer wieder berichten Fachstellen und auch Medien über die teils haarsträubenden Bedingungen für migrantische Beschäftigte in der Fleischindustrie. Im August wandten sich etwa ein Pfarrer und ein Arzt, die die Lage der Fleischarbeiter_innen aus Osteuropa seit Langem beobachten, mit einem erschütternden Aufruf an die Öffentlichkeit (siehe Seite 5). Warum ist es um die Arbeitnehmerrechte in der Branche so schlecht bestellt?

Zu Beginn des Jahres vereinbarten Arbeitgeber und Gewerkschaft einen neuen Mindestlohnvertrag für die Fleischwirtschaft. Darin hatten die Tarifparteien vereinbart, dass der Mindestlohn von 8,75 Euro auf 9,00 Euro pro Stunde angehoben werden soll. Alle Arbeitnehmer sollten zudem eine monatliche Pauschale von 30 Euro erhalten, um ihre Umkleidezeiten zu vergüten. Doch der Tarifvertrag

wurde vom zuständigen Bundesarbeitsministerium nicht für allgemein verbindlich erklärt. Das Ministerium befürchtet eine Unterschreitung des Mindestlohns durch eine vereinbarte Pauschale für Umkleidezeiten.

„Die Arbeitgeber waren nicht bereit, einen Tarifvertrag über einen Branchenmindestlohn ohne eine solche Regelung zu vereinbaren. Der Regelung zu Umkleide- und Wegezeiten haben wir deshalb mit ‚starken Bauchschmerzen‘ zugestimmt“, sagte Guido Zeitler, stellvertretender NGG-Vorsitzender. „Es darf nicht sein, dass die schwere Arbeit der Menschen in der Fleischindustrie nur mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro pro Stunde vergütet wird. Genauso wenig darf zugelassen werden, dass die Arbeitgeber aufgrund zu gering bezahlter Umkleide- und Wegezeiten den gesetzlichen Mindestlohn unterlaufen können.“

Doch das ist nicht das einzige Problem. „Im Produktionsbereich der Fleischindustrie arbeiten vor allem ausländische Beschäftigte. Die Arbeitsverträge sind in der Regel befristet und werden dann ad hoc immer wieder erneuert“, sagt Piotr Mazurek, Berater bei der DGB Beratungsstelle Faire Mobilität in Oldenburg. Trotz der sehr harten Arbeit bekommen sie fast ausschließlich eine Vergütung im Bereich des Mindestlohnes. Die meisten arbeiten bei einem Werkvertragsunternehmen, also einer Firma, die für einen Schlachthof – auf dessen Werksgelände – eine Dienstleistung, meistens einen Teil der Zerlegung, verrichtet, so Mazurek. „Es kann nicht sein, dass Schlachthöfe große Teile der Schlachtung, der Zerlegung und Verpackung permanent auslagern und selber lediglich als eine Art Organisator der Produktion fungieren.“

Lesen Sie hier das vollständige Interview mit Piotr Mazurek: <https://bit.ly/2NjnGB1>

Menschenhandel: Zahl der Opfer steigt

Immer mehr Menschen werden in Deutschland Opfer von Menschenhandel. Das geht aus einem neuen Lagebild des Bundeskriminalamts hervor. Demnach wurden im vergangenen Jahr 671 Menschen in Deutschland sexuell ausgebeutet, zur Arbeit oder etwa auch zum Betteln gezwungen. Das entspricht einer Zunahme von 25 Prozent gegenüber 2016. Von den 671 Menschen, die 2017 Opfer von Menschenhändlern wurden, waren 171 minderjährig.

stieg zu verzeichnen, heißt es im Lagebericht: „180 Menschen wurden 2017 Opfer dieser Form des Menschenhandels, 2016 registrierte die deutsche Polizei 48 Opfer.“ Männliche Opfer wurden hier vorwiegend in der Baubranche sowie in der Gastronomie, weibliche Opfer hauptsächlich in der Gastronomie registriert. Am häufigsten betroffen waren mazedonische (28,9 Prozent) und lettische Staatsangehörige (21,7 Prozent).

Zugrunde liegt der polizeilichen Verfolgung hier der § 233/233a StGB zur „Ausbeutung der Arbeits-

kraft“. Dabei genügt es, dass der Täter die schlechte Situation des Opfers kennt und er diese für sich nutzbar macht, indem er das Opfer zu ausbeuterischen Bedingungen wie schlechte Bezahlungen, überlange Arbeitszeiten, überhöhte Vermittlungsgebühren und Mietzahlungen, gefährliche Arbeitsbedingungen und Vorenthalten des Lohns beschäftigt. Fälle etwa aus der Baubranche zeigten „den hohen Grad an Professionalität, mit dem entsprechende Tätergruppierungen bisweilen vorgehen“, so das BKA.

BKA-Lagebericht: <https://bit.ly/2QCtwLF>

Einbürgerung von Brit_innen steigt um 161 Prozent

Brexit führt zu Rekordwert bei neuen Staatsbürgerschaften in Deutschland. Türkei liegt weiter vorne

Bisherige Staatsangehörigkeit	Anzahl Einbürgerungen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr (%)
Einbürgerungen insgesamt	112.211	+ 1,7
Türkei	14.984	- 8,0
Vereinigtes Königreich	7.493	+ 161,5
Polen	6.613	- 0,3
Italien	4.256	+ 18,3
Rumänien	4.238	+ 10,7
Kosovo	3.909	- 1,4
Irak	3.480	- 2,1
Griechenland	3.424	- 0,6
Kroatien	2.896	- 3,0
Ukraine	2.718	- 32,9
Iran	2.689	+ 1,1
Syrien	2.479	+ 9,5
Afghanistan	2.400	- 3,3
Marokko	2.390	- 2,4
Russische Föderation	2.123	- 10,6



News + Termine

Südeuropa:

Billiges Obst dank billiger Löhne

Die Arbeit von Zuwanderern aus Afrika sorgt nach Auffassung des Wiener Soziologen Roland Verwiebe für billiges Obst und Gemüse in Europa. Viele Betriebe könnten wegen des Preisdrucks im Lebensmittelhandel ohne diese Arbeitskräfte gar nicht mehr existieren. „Sie sind die preiswertesten Arbeitskräfte, die die Arbeitgeber dort jemals hatten“, sagte Verwiebe dem Evangelischen Pressedienst. Viele der Flüchtlinge, die jetzt nach Spanien kommen, würden sich einen Job in der Landwirtschaft suchen. Laut Verwiebe zeigt der neue EU Labour Force Survey, dass der Anteil der Migranten in der Landwirtschaft sich in Italien zwischen 2005 und 2015 auf 15,5 Prozent mehr als verdreifacht, in Spanien in derselben Zeitspanne auf zwölf Prozent nahezu verdoppelte. Inklusive Saison-, Leiharbeit und illegaler Beschäftigung dürfte der Anteil der migrantischen Arbeitskräfte mindestens doppelt so hoch sein, schätzt Verwiebe.

 EU Labour Survey: <https://bit.ly/2NJGy3>

Bremen: Nur 145 falsche Bescheide im BAMF

Eine nachträgliche Kontrolle von Asylverfahren in der Bremer Außenstelle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat nach dem abschließenden Prüfbericht 145 Verstöße ergeben. Das seien rund 1,1 Prozent aller Verfahren, so die DPA. Die Flüchtlichkeitsfehler seien vor allem in den zugugsstarken Jahren zwischen 2014 und 2016 passiert und hätten vermutlich durch gezieltes Nachfragen bei Anhörungen oder Ausländerbehörden verhindert werden können. Alle ermittelten Fälle mit Fehlern und Verstößen seien nun Gegenstand der Widerrufs- und Rücknahmepflicht des Bundesamts. Nach Korruptionsvorwürfen war jede positive Entscheidung von 2006 bis zum ersten Quartal 2018 in Bremen überprüft worden – insgesamt knapp 13.000 Verfahren mit gut 18.000 Antragsteller_innen. Das Bremer Oberverwaltungsgericht untersagte derweil Innenminister Horst Seehofer (CSU) eine weitere Vorverurteilung der geschassten Leiterin der Bremer BAMF-Außenstelle. Seehofer darf nicht mehr behaupten, dass „im Ankunftszentrum Bremen bewusst gesetzliche Regelungen und interne Dienstvorschriften missachtet“ wurden.

 Az: 2 B 213/18

Einbürgerungstest wird 10 Jahre alt

Seit dem 1. September 2008 wird bundesweit verlangt, dass jede_r neue Staatsbürger_in nicht nur Deutsch spricht, sondern auch einen schriftlichen

„Einbürgerungstest“ erfolgreich absolviert. Die Erfolgsquote liegt seit Jahren bundesweit stabil zwischen 98,2 und 98,8 Prozent. Das Innenministerium zieht zehn Jahre nach der Einführung eine positive Bilanz: „Vor dem Hintergrund, dass sich die Testteilnehmer intensiv mit Fragen der Rechts- und Gesellschaftsordnung und den Lebensverhältnissen in Deutschland beschäftigen mussten, hat sich der Einbürgerungstest bewährt“, sagte ein Sprecher der DPA. „Aufbau und Fragetechniken der aktuellen Einbürgerungstests sind nach wie vor unklar und verbesserungsfähig“, sagt hingegen Filiz Polat, migrationspolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion. Auch seien viele der Fragen „integrationspolitisch völlig irrelevant“. Polat fände es deshalb sinnvoll, wenn bei Menschen, die eine berufliche Ausbildung absolviert oder einen Integrationskurs besucht haben, auf den Test verzichtet würde (siehe auch Grafik Seite 3).

Bayern: Polizei vollzieht erste direkte Dublin-Zurückweisung an deutscher Grenze

Deutschland hat zum ersten Mal einen Schutzsuchenden, der in einem anderen EU-Staat registriert ist, direkt an der Grenze zu Österreich zurückgewiesen. Ende August hatte die Bundespolizei einen 22-jährigen Pakistaner in einem Regionalzug von Kufstein nach Rosenheim festgenommen. Der Mann konnte sich nicht ausweisen. Anhand der Fingerabdrücke fanden die Bundespolizisten heraus, dass er schon 2017 in Griechenland Asyl beantragt hatte. Der Pakistaner wurde wegen versuchter unerlaubter Einreise angezeigt und anschließend zum Münchner Flughafen gebracht. Von dort aus musste er die Rückreise nach Griechenland antreten.

 <https://bit.ly/2xhTY5s>

Asyl: Ausgaben sinken

Deutschland hat im vergangenen Jahr 5,9 Milliarden Euro brutto für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ausgegeben. Im Vergleich zu 2016 sanken die Ausgaben um rund 38 Prozent. Die Zahl der vom Staat unterstützten Asylbewerber sank 2017 um 36 Prozent. Zum Stichtag 31.12.2017 bezogen rund 468.000 Menschen Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). 2016 war die Zahl im Vergleich zu 2015 bereits um 25 Prozent gesunken. Die Erhebung erfasst allerdings nicht alle in Deutschland lebenden Asylbewerber. So können etwa Menschen mit Vermögen oder eigenem Einkommen den Status eines Asylbewerbers haben, aber keine staatlichen Leistungen erhalten.

Termine

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

09. bis 10. Oktober 2018

Veranstaltungsort: Frankfurt – der genaue Ort wird noch bekannt gegeben

Hessen-Thüringen und Rheinland-Pfalz/Saarland

16. bis 18. Oktober 2018

Veranstaltungsort: ver.di Bezirk Thüringen – Jugendbüro „filler“

Berlin-Brandenburg und Sachsen

26. bis 27. Oktober 2018

Veranstaltungsort: Berlin – der genaue Ort wird noch bekannt gegeben

Bayern und Baden-Württemberg

09. bis 10. November 2018

Veranstaltungsort: DGB Bildungswerk Bayern

NORD: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt

16. bis 17. November 2018

Veranstaltungsort: DGB Bildungszentrum Besenbinderhof, Hamburg

Vertiefungsseminar – Mitbestimmung und -gestaltung bei der Anerkennung ausländischer Kaufleute für Büromanagement

11. Oktober 2018

Veranstaltungsort:

DGB Bildungszentrum Düsseldorf, Studio 1

Prekäre Beschäftigung – Methoden für die Bildungsarbeit: Am Beispiel von mobilen Beschäftigten aus Mittel- und Osteuropa

17. bis 19. Oktober 2018

Veranstaltungsort: DGB Bezirk Berlin Brandenburg

Vertiefungsseminar – Berufsanerkennung für Ingenieur_innen

18. Oktober 2018

Veranstaltungsort:

DGB Bildungszentrum Düsseldorf, Studio 1

Mentor_innentraining – NRW

19. bis 20. Oktober 2018

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Tagung: Anerkennung von Kompetenzen – eine gesellschaftliche Aufgabe

25. Oktober 2018

Veranstaltungsort:

LWL – Industriemuseum – Zeche Zollern

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen: <http://bit.ly/1Jv9okq>



Systemwechsel in der Fleischindustrie – jetzt!



© Foto: privat

Kommentar von Prälat Peter Kossen (Pfarrer in Lengerich/NRW) und Dr. Florian Kossen (Internist in Goldenstedt/Niedersachsen)

Die Fleischindustrie braucht einen Systemwechsel. So, wie sie heute organisiert ist, werden Menschen benutzt, verbraucht, verschlissen und dann entsorgt. Was die Arbeitsmigranten aus Rumänien, Bulgarien und Polen, die in den Großschlachthöfen in Wildeshausen, Ahlhorn oder Lohne arbeiten, berichten, macht fassungslos und zornig. Die Totalerschöpfung ist fast schon alltäglich. Viele arbeiten sechs Tage in der Woche und zwölf Stunden am Tag. Sie haben keine Möglichkeit der Regeneration, weil sie durch ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ständig physisch und psychisch unter Druck stehen. Daraus resultieren eine ganze Reihe von Krankheitssymptomen: Von Überlastungsschäden im Bereich der Extremitäten und Wirbelsäule über psychovegetative Dekompensationen bis hin zu wiederholten und hartnäckigen Infekten durch mangelhafte hygienische Zustände in den Unterkünften und gesundheitswidrige Bedingungen an den Arbeitsplätzen. Viele sind am Rand der totalen körperlichen Erschöpfung. Arbeitsunfälle wie Schnittverletzungen seien an der Tagesordnung. Häufig lassen sich die Verletzten aber nicht krankschreiben, weil ihnen vom Arbeitgeber ganz deutlich gesagt worden ist: Wer mit dem gelben Schein kommt, kann gehen. Wer für Reinigungsarbeiten in den Schlachthöfen keine ausreichende Schutzkleidung zur Verfügung hat und zudem unter hohem Zeitdruck arbeitet, zieht sich bisweilen Verätzungen am ganzen Körper zu. Oft erzählen Beschäftigte von Kolleg_innen, die aufgrund von Krankheit sofort aussortiert und ersetzt werden. Entsprechend hoch ist der Druck, trotz Krankheit und Schmerzen durchzuhalten.

Der Nachschub von Arbeitskräften geht den Subunternehmern offensichtlich nicht aus. Dafür sorgt ein florierender Menschenhandel. Was den Arbeitern zugesagt worden ist und was sie bekommen, liegt oft weit auseinander. Kürzlich hat ein bulgarischer Werkvertrags-Arbeiter eines Großschlachthofs in Wildeshausen Einblick in seine Lohnabrechnung gewährt: 1.200 Euro für 255 geleistete Arbeitsstunden. Zur

Ausbeutung kommt die Demütigung: Du bist, deine Arbeitskraft ist, nicht mehr wert!

Die Fleischindustrie behandelt Arbeitsmigranten wie Maschinen, die man bei externen Dienstleistern anmietet, benutzt und nach Verschleiß austauscht. Weil in der Regel ein Großteil der Arbeiter – 80 Prozent oder mehr – nicht beim Schlachthof angestellt ist, sondern bei einem Subunternehmer, bräuchten sich die Unternehmer der Fleischindustrie bei dieser Form moderner Sklaverei gar nicht die Hände schmutzig machen. Subunternehmen werden vielfach von Kriminellen nach Mafia-Art geführt; Drogenhandel, Frauenhandel und Zwangsprostitution gehörten zum Geschäft. Manchmal seien es auch nur Briefkastenfirmen, die bei Problemen vom Markt verschwinden und unter neuem Namen bald wiederauftauchen. Mit Ausnahme weniger wie Brand in Lohne, Schulte in Lastrup oder Böselers Goldschmaus in Garrel weigern sich die Unternehmen, Verantwortung für die Arbeits- und Lebensbedingungen der eingesetzten Arbeitskräfte zu übernehmen. Und man lässt sie gewähren – auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter und auf (Sozial-)Kosten der Allgemeinheit.

Überall dort, wo Werkverträge und Leiharbeit das Mittel seien, um Arbeitskräfte wie Verschleißmaterial behandeln zu können, ist die Mitarbeiterfluktuation enorm hoch. Inzwischen werden die Arbeitskräfte aus immer ärmeren Regionen Osteuropas rekrutiert: Erst waren es Menschen aus Polen, später aus Rumänien, Ungarn und Bulgarien, jetzt kommen sie aus Moldawien oder der Ukraine, dann ist ihr Einsatz nicht selten illegal.

Diejenigen, die es trotz der Menschenschinderei schaffen, über mehrere Jahre durchzuhalten, tragen chronische Leiden davon. Durch die harte körperliche Arbeit in feuchten und sehr kalten Räumen unter ständigem Druck, noch schneller zu arbeiten, ist auch der Stärkste irgendwann physisch und psychisch am Ende. Durch die Arbeitszeiten sind die Betroffenen über Jahre hin nicht in der Lage, Sprachkurse oder Integrationsangebote wahrzunehmen. So sprechen viele kaum Deutsch. Rund um die Uhr haben sie bereitzustehen, Arbeit wird häufig kurzfristig per SMS befohlen, Überstunden werden nicht selten spontan angeordnet. Die Teilhabe

am sozialen und kulturellen Leben in den Orten sei dadurch sehr erschwert. Eine Integration der Arbeiter und ihrer Familien findet kaum statt. Parallelwelten sind entstanden. Die Verhältnisse entwickeln sich zurück. Wenn hier nicht Unternehmer und Staat und Kommunen für einen sozialen Wohnungsbau zusammenwirken und Lösungen schaffen, wird sich absehbar nichts ändern, und das Elend und die Abzocke nehmen ihren Lauf. Erzieherinnen erzählen von verstörten, verängstigten und geschwächten Kindergartenkindern, die in solchen Verhältnissen leben und aufwachsen. Manche verschlafen fast den ganzen Kindertag, weil sie nachts in den Unterkünften Gewalt, Alkohol- und Drogenmissbrauch und auch Prostitution miterleben.

Es braucht einen Neuanlauf der Politik, um die Branche zu zwingen, für die eigenen Leute Verantwortung zu übernehmen und sich nicht zu verstecken hinter dubiosen Subunternehmen und Leiharbeitsfirmen. Selbstverpflichtungserklärungen der Fleischindustrie haben allenfalls den Sklaventreibern Luft und Zeit verschafft, ihr menschenverachtendes Geschäft unbehelligt weiter zu betreiben. Wenn der Rechtsstaat hier nicht völlig ad absurdum geführt werden soll, braucht es eine Behörde, die Recht und Gesetz durchsetzen kann. Die nicht, wie die Kontrollbehörden bisher, der Mafia machtlos hinterherschaut.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 88
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM

